

3469/J XX.GP

Anfrage

der Abgeordneten Dr. Preisinger, Mag. Dr. Grollitsch, Madl, DI Schöggl
und Kollegen

an die Bundesministerin für Unterricht und kulturelle Angelegenheiten
betreffend Schulversuch „Schulverbund Mittelschule

Das Kollegium des Wiener Stadtschulrates hat am 18. November 1997 mit den Stimmen von SPÖ und ÖVP den Antrag an das BMUKA auf Bewilligung des Schulversuchs „Schulverbund Mittelschule“ in Wien 22 beschlossen. Von Fraktions- als auch Behördenvertretern wurde mehrfach betont, daß der Schulversuchsantrag rechtsgültig zustande gekommen und in seinen Auswirkungen überdies kostenneutral sei. Die Rechtmäßigkeit des Antrages in der dem Kollegium vorgelegten Form sei dem Wiener Stadtschulrat, so die Auskunft des Stadtschulratsdirektors, durch MinRat Dr. Jisa (BMUKA) telefonisch bestätigt worden. Ein schriftlich ausgefertigtes Rechtsgutachten wurde nicht vorgelegt.

Tatsächlich ist in diesem Zusammenhang anzuzweifeln, daß mit diesem Antrag § 7 bzw. § 7a des Schulorganisationsgesetzes rechtskonform Rechnung getragen wurde: Es gab weder eine Willenserklärung des Schulgemeinschaftsausschusses noch eine entsprechende Abstimmung seitens der Lehrerschaft. Eine von der Lehrerschaft der AHS Theodor Kramer-Straße durchgeführte Dienststellenversammlung und beschlossene Resolution kann, da die endgültige Schulversuchsbeschreibung - insbesondere hinsichtlich der zur Verfügung gestellten Ressourcen - zu diesem Zeitpunkt nicht vorlag, nicht als Grundlage genommen werden. Da die AHS Theodor Kramer-Straße in Zukunft ausschließlich als Mittelschule mit Oberstufenform geführt werden soll, wäre nach Auffassung der Antragsteller sogar § 7 SchOG zwingend zur Anwendung zu bringen gewesen. Tatsächlich liegt keine entsprechende Willenskundgebung des Schulgemeinschaftsausschusses vor.

Aus diesem Grund stellen die unterzeichneten Abgeordneten an die Bundesministerin für Unterricht und kulturelle Angelegenheiten nachstehende

Anfrage:

1. Wie beurteilen Sie die Rechtmäßigkeit der Entscheidung des Kollegiums des Wiener Stadtschulrates?

2. Welchen konkreten Inhalts war die Rechtsauskunft, die MinRat Dr. Jisa (BMUKA) telefonisch gegenüber dem Wiener Stadtschulrat äußerte?
3. Welche konkreten Maßnahmen werden Sie setzen, damit der Wille der Eltern und Lehrer bezüglich der Einführung des Schulversuchs „Schulverbund Mittelschule“ in Wien 22. Theodor Kramer-Straße erhoben wird Lind tatsächlich zum Ausdruck kommt?
4. Wie hoch ist der durchschnittliche Werteinheitenverbrauch einer AHS-Klasse
 - im österreichischen Schnitt und
 - in Wien?
5. Wie hoch ist das Werteinheitenkontingent, das für die Einführung des Schulversuchs "Schulverbund Mittelschule" vorgesehen ist und wem zu Lasten werden die erhöhten Werteinheitenkontingente (44+6), die für den Schulversuch „Schulverbund Mittelschule“ zugesichert sind, aufgebracht werden müssen?
6. Bestehen seitens Ihres Ressorts konkrete Absichten, den Schulverbund Mittelschule weiter auszudehnen und wenn ja, wie weit und innerhalb welchen Zeitraumes?
7. Bestehen seitens Ihres Ressorts konkrete Absichten, die Schulform Mittelschule als zusätzliches regionales Angebot alternierend zu den Hauptschulen in das Regelschulwesen kostengleich mit den Hauptschulen überzuführen und wenn ja, wo und innerhalb welchen Zeitraumes?